

276/AE

ENTSCHLIEßUNGSANTRAG

der Abgeordneten Anschober, Freundinnen und Freunde

betreffend finanzielle Absicherung des öffentlichen Personennahverkehrs durch ein Nahverkehrsfinanzierungsgesetz auch nach Streichung von Geldern aus dem Familienlastenausgleichsfonds (FLAF)

Geht es nach den Vorstellungen von Familienminister Martin Bartenstein und Verkehrsminister Rudolf Scholten sollen Schüler und Lehrlinge bereits mit Beginn des Schuljahres 1997/98 in die Verkehrsverbünde miteinbezogen werden. Dadurch soll der Familienlastenausgleichsfonds sowie das Budget finanziell entlastet werden.

Sollte diese Änderung tatsächlich in der vorgeschlagenen Form ohne ausgleichende Maßnahmen durchgeführt werden, werden den Verkehrsverbänden und den öffentlichen Verkehrsunternehmen jährlich mehrer 100 Millionen Schilling an Einnahmen verloren gehen. So schätzt beispielsweise der OÖ Verkehrslandesrat Josef Ackerl die Ausfälle alleine für die Verkehrsunternehmen im Raum Oberösterreich auf jährlich ca. 350 bis 400 Mio. Schilling.

Diese enormen Ausfälle für den öffentlichen Personennahverkehr können mit Sicherheit nicht alleine durch " Rationalisierungsmaßnahmen bei den Verkehrsunternehmen " wettgemacht werden , wie dies von den Ministern Bartenstein und Scholten vorgeschlagen wurde. Aber auch die Länder können diese Einnahmefälle nicht ohne weiteres ersetzen , da in den Finanzausgleichsverhandlungen keine entsprechende Vorsorge für diese zusätzlichen Ausgaben getroffen wurde.

Damit droht der zumindest teilweise Zusammenbruch des öffentlichen Personennahverkehrs in den Bundesländern. Nach den Fahrplankürzungen der ÖBB im Juni des heurigen Jahres kündigt sich nun eine weitere Verschlechterung im Bereich Personennahverkehr an.

Stattdessen sollte die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs durch das seit Jahren angekündigte Nahverkehrsfinanzierungsgesetz auf eine solide gesetzliche Basis gestellt werden. statt weiterhin am finanziellen Ast des öffentlichen Verkehrs zu sägen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIEßUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Der Bundesminister für Wissenschaft, Verkehr und Kunst sowie der Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie werden aufgefordert, mit dem Bundesminister für Finanzen und mit den Ländern Verhandlungen dahingehend zu führen, daß es zu einer dauerhaften finanziellen Absicherung des öffentlichen Verkehrs und der Verkehrsverbünde zumindest auf derzeitigem Niveau kommt.

Weiters wird der Bundesminister für Wissenschaft, Verkehr und Kunst aufgefordert, vor einer Kürzung von Mitteln aus dem Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) für den öffentlichen Personennahverkehr dem Nationalrat einen Entwurf für ein Nahverkehrsfinanzierungsgesetz vorzulegen. "

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Verkehrsausschuß vorgeschlagen.